

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Landtage von Sachsen, Thüringen und Hessen sind sich einig, was ein ungewöhnlicher Vorgang ist: Ihre jeweils zuständigen Ausschüsse beschlossen, dass vorerst nicht die Immunität der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN wegen unserer gemeinsamen Fraktionssitzung am 13. Februar 2010 in der Nähe des Bahnhofs Dresden-Neustadt aufgehoben wird. Ebenso einstimmig – das ist noch ungewöhnlicher – verlangen die Vertreter aller Fraktionen der drei Parlamente von der Dresdner Staatsanwaltschaft zusätzliche Informationen, was uns im Zusammenhang mit dem letztlich erfolgreich verhinderten europaweit größten Aufmarsch der Nazis Strafbares vorgeworfen wird, zumal alle anderen Verfahren gegen Menschen, die an derselben Aktion beteiligt waren wie wir, zwischenzeitlich eingestellt worden sind.

Wir wollen keine Sonder-, sondern Normalbehandlung: Bestraft zu werden, weil man Fraktionsvorsitzender der LINKEN ist, kann nicht rechtsstaatlich sein – und deshalb dient der Schutz der Immunität nicht der Strafvereitelung, sondern dem Schutz der Abgeordneten vor möglichem politischen Missbrauch des Strafrechts. Denn dadurch würde die Demokratie insgesamt beschädigt. Es ist aus unserer Sicht nicht nur legal und legitim, sondern durch die Grundwerte des Grundgesetzes geboten, Nazis friedlich entgegen zu treten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass dies auch noch die Justiz in Sachsen in absehbarer Zeit zu erkennen vermag.

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Ausstellung und Anhörung:

Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland

Mitte April hatte die Fraktion DIE LINKE zu einer Anhörung zum Thema „Opfer rechter Gewalt“ eingeladen. Hintergrund war die Aufforderung an die Staatsregierung (Antrag 5/4749), den Männern und Frauen, die seit 1990 im Freistaat durch rechte Gewalt zu Tode kamen, endlich Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen sowie die Opferhilfe zu verbessern.

„Noch immer sträubt sich die Staatsregierung, die Mehrzahl der Toten durch rassistische und neofaschistische Gewalt im Freistaat als Opfer politisch motivierter Kriminalität anzuerkennen“, kritisiert die **Antifaschismusexpertin MdL Kerstin Köditz**: „Gelegentlich scheint ein schneller und ‚geräuschloser‘ Prozess wichtiger, als die Aufklärung der Tathintergründe.“ Exemplarisch

dafür steht das schwere Aufarbeiten des Mordes an Jorge Gomondai, den Rassisten vor 20 Jahren in Dresden aus der Straßenbahn in den Tod stießen. Das Portrait des Mosambikners ist eines von 136, die die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ aufreißt und die Landtagsfraktion DIE LINKE vier Wochen lang zeigte. Von den derzeit 14 Opfern in Sachsen erkennt die Staatsregierung bislang nur fünf als Opfer rechter Gewalt an.

Judith Porath von der Opferperspektive Brandenburg, die die Ausstellung konzipierte, und die Journalistin Heike Kleffner, die zum Thema recherchiert, bereicherten die Fraktionsanhörung mit Berichten über die politischen Widerstände gegen die Anerkennung der Todesfälle als politische Gewalttaten. Am 12. Mai 2011 wird der Antrag der LINKEN vom Innenausschuss des Landtages öffentlich angehört.



Foto: efa

Tipp: Broschüre „Opfer rechter Gewalt“; Download unter www.linksfraktionsachsen.de

Girls' Day in der Welt der Politik

Der Girls' Day wurde erfunden, um mehr Mädchen für die sog. klassischen Männerberufe zu interessieren. Unterdessen wurde wohl bemerkt, dass zunehmend auch Jungs spezielle Angebote brauchen – und so bekam der Girls Day in diesem Jahr ein Brüderchen: den Boys' Day. Dessen ungeachtet hielt die Fraktion DIE LINKE an ihrer Tradition fest und lud am 14. April Mädchen dazu ein, mal hinter die Kulissen der Fraktionsarbeit zu schauen und sich persön-

lich mit Abgeordneten über deren (auch politischen) Alltag zu unterhalten. Dank Mathias Schreiter von der Berufsbildenden Förderschule in Freiberg geriet der diesjährige Mädchen-Tag zum Rot-Roten Joint Venture. Der Sozialpädagogin hatte den Freiburger Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka (DIE LINKE) und Henning Homann (SPD) signalisiert, dass einige seiner Schülerinnen gern zum Girls' Day nach Dresden kämen. Da sich mehr als 20 Mädchen ange-

meldet hatten, taten sich MdL Pinka und MdL Homann zusammen, organisierten einen Bus zum Landtag und nahmen vor Ort je die Hälfte der jungen Besucherinnen mit in ihre Fraktionen. Den 16jährigen Mädchen aus Freiberg und Umgebung hat der LINKE Tag im Parlament ausnahmslos gut gefallen. Neben den „Politikern zum Anfassen“ begeisterten der geführte Rundgang durch den Landtag und natürlich die den Tag abschließende Portion Eis ...

Übrigens ...

... besteht die LINKE Landtagsfraktion mit 15 weiblichen und 14 männlichen Abgeordneten den Quotencheck mit Bravour. Deutlich schlechter sieht es auf der Fraktions- und Geschäftsführebene aus, wo ausschließlich Männer vertreten sind. Auch der Fachberaterbereich ist mit acht Männern und nur einer Frau deutlich unausgewogen besetzt. Es gibt viel zu tun ...



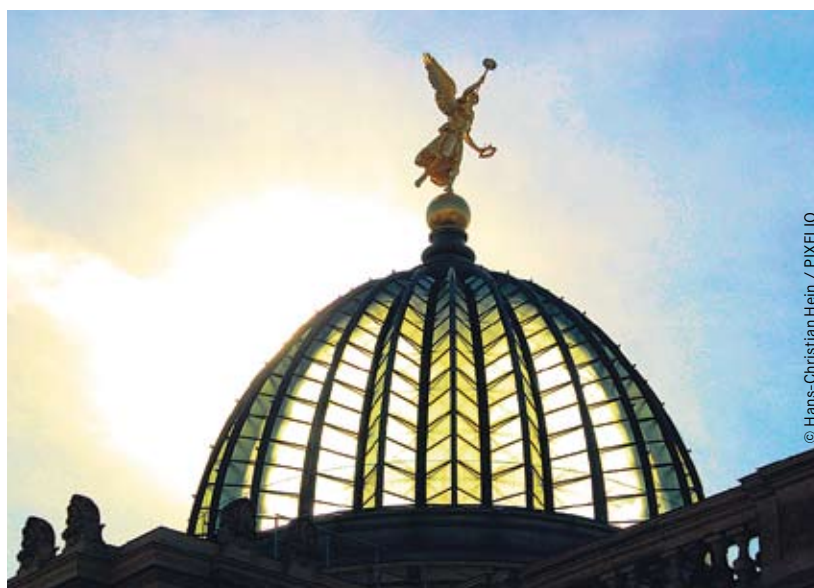
Foto: efa

Lust und Frust beim Studieren in Sachsen

Gleich mehrmals ging es während der beiden Plenartage im April um Sachsen Hochschulen. So gab es einen Gesetzentwurf zur Studienreform von den GRÜNEN, einen Antrag von SPD und GRÜNEN zur Hochschulentwicklungsplanung und eine Aktuelle Debatte zum Thema „Studentenwerke stärken – Studienbedingungen in Sachsen attraktiver gestalten“, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE.

Prof. Gerhard Besier, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion kritisierte in seinem Redebeitrag u.a. die laufenden Kürzungen der Landeszuschüsse für die Studentenwerke: „Kein anderes Bundesland zahlt so wenig! Zuschüsse für Investitionen werden seit 2008 gar nicht mehr gezahlt, obwohl es einen dringenden Bedarf gibt – auch mit Blick darauf, dass behindertengerechte Zugänge noch vielfach fehlen.“

Aus der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 2009 geht hervor, dass hier Studierende mit 690 Euro mit fast einem Fünftel weniger Geld auskommen müssen als Studierende im Bundesdurchschnitt, die 812 Euro zur



Verfügung haben. Entscheiden sich Studierende aus anderen Bundesländern dennoch für Sachsen, dann vor allem wegen der geringeren Lebenshaltungskosten und dem Verzicht auf Studiengebühren. „Beide Standortvorteile sind wir jetzt dabei, zu verlieren!“, warnte Prof. Besier: „Die Wohnungspreise ziehen an und westdeutsche Bundesländer mit hoch attraktiven Universitäten wie Baden-Württemberg

sind dabei, die Studiengebühren abzuschaufen. Da hier Wohnheimplätze abgebaut wurden, lässt sich das auch nicht kompensieren. In Dresden z.B. mussten bereits hunderte Anfragen abschlägig beschieden werden. Wenn wir den Studienstandort Sachsen stärken wollen, sollten wir auch die sozialen Einrichtungen stärken, d. h. beispielsweise in Studentenwohnheimen investieren.“

Terminhinweis:

Im Zeitraum Mai/Juni 2011 gehen Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE auf **Hochschultour**, um vor Ort mit den Mitgliedergruppen aller sächsischen Hochschulen in Kontakt zu treten. Geplante Stationen sind die Universitäts- und Hochschulstandorte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Mittweida, Freiberg, Zittau und Zwickau, die genauen Tourdaten werden unter

www.linksfraktionsachsen.de veröffentlicht.

Und täglich grüßt das Murmeltier! ...

Hollywood ist einfach überall, dachte ich bei der von der Koalition angezeigten Aktuelle Debatte zu Beginn der Landtagssitzung vom 19. April zum Thema EU-Förderung. Schließlich hatten wir erst im Dezember einen fast gleichlautenden Antrag der gleichen Koalition behandelt. „Sächsische Interessen wahren“, so der Titel der „neuen alten“ Debatte. Gemeint war, dass der Freistaat auch in der nächsten Förderperiode ab 2014 auf Gelder aus Europa angewiesen sein wird. Whow, stimmt! Und daran hat sich seit Dezember auch nichts verändert. Warum also die erneute Debatte? Ach, reisten nicht unlängst Ministerpräsident und Europaminister nach Straßburg, um dort die Klinken zu putzen? Und dafür wurden sie mächtig gelobt. Erfolge freilich konnten die beiden nicht vorweisen. Wie auch, noch steht der mehrjährige Finanzrahmen der EU nicht fest und die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik wird derzeit gerade erarbeitet. So wurde besagte Landtagsdebatte zum Film, leider ohne das knuffige Murmeltier Phil. Schade eigentlich.

MdL Verena Meiwald
Sprecherin für Fördermittelpolitik



Bedenken und eine Fast-Zustimmung



Im Schulterschluss warben die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und GRÜNE in der April-Sitzung des Sächsischen Landtages für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. **Dr. Jana Pinka, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN**, war nach der Landtagsdebatte überrascht, dass die CDU offen über ihre eigenen Konfliktlinien bei der Thematik gesprochen hat: „MdL Andreas Heinz von der CDU hatte ausgeführt, dass er dem Punkt I. Nr. 3 unseres Antrages zur Gewährleistung einer kritischen Begleitung von Genehmigungsverfahren zur Freisetzung und des Inverkehrbringens gentechnisch veränderter Pflanzen beinahe zugestimmt hätte.“

Man sollte annehmen, dass es der Fraktion mit dem großen C ein Herzensanliegen sein müsste, der Forderung der Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung nachzukommen und sich nicht für die Agrogentechnik ins Zeug zu werfen. Stattdes-

sen holte Landwirtschaftsminister Kupfer (CDU) zur Begründung der Ablehnung des Oppositionsantrages erneut das Welthunger-Motiv aus der Mottenkiste, „obwohl beispielsweise gerade die kirchlichen Entwicklungshilfeorganisationen unisono von der Agrogentechnik als Heil der Welt nicht überzeugt sind“, so Dr. Pinka.

„8-Punkte-Programm für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen“

1. Aufnahme Sachsens als gentechnikfreie Anbauregion in das europäische „Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ innerhalb eines Jahres
2. Einführung von Mindestabständen um Schutzgebiete nach Naturschutzrecht und konsequente Verträglichkeitsprüfungen bei Anbau und Freisetzung gentechnisch veränderter Kulturen
3. Gewährleistung einer kritischen Begleitung von Genehmigungs-

verfahren zur Freisetzung und des Inverkehrbringens gentechnisch veränderter Pflanzen

4. Sicherstellung der gentechnikfreien Bewirtschaftung landeseigener Flächen
5. gezielte Förderung der gentechnikfreien pflanzenökologischen Forschung
6. kein Zulassen von Gentechnik-Verunreinigungen im Saatgut und in Lebensmitteln
7. Finanzielle und organisatorische Unterstützung der Markteinführung des Siegels „Ohne GenTechnik“
8. Vorlage einer aussagekräftigen Studie zu Kosten und Nutzen beim Einsatz der Agrogentechnik in Sachsen

(Drucksache 5321, gemeinsamer Antrag DIE LINKE, SPD, Grüne)

Tipp: Mehr zu gentechnikfreier Landwirtschaft lesen sie in der Mai-Ausgabe des pvl.

Landet Sachsens Baum-ab-Gesetz vorm Verfassungsgericht?

Wenn hierzulande irgendwer die Ketten säge anwirft, wird **Dr. Jana Pinka** hellhörig. Seit Schwarz-Grün unter dem Deckmantel der Verwaltungsvereinfachung Hand ans Sächsische Naturschutzgesetz (SächsNatSchG) legte, verschwindet zunehmend baumstarkes Stadtgrün. Anhand von Beispielen aus ganz Sachsen wies die **umweltpolitische Sprecherin** der Fraktion DIE LINKE bei der 2. Lesung des Gesetzentwurfs zum Schutz des kommunalen Baumbestandes (Drs 5/4309) am 19. April in der Plenarsitzung nach, dass es mit dem „Baum-ab-Gesetz“ mitnichten zur prophezeiten Verwaltungserleichterung gekommen ist. Im Gegenteil, aus den teils massiven Protesten der Bürgerinnen und Bürger gegen das Baumsterben ergibt sich mitunter sogar Mehrarbeit für die Verwaltungen, da diese sich nunmehr genau damit auseinanderzusetzen haben.

Diese Schiefelage zu heilen, hat DIE LINKE besagten Gesetzentwurf verfasst und sich dabei auch auf Gutachten des Juristischen Dienstes der Landtagsverwaltung gestützt, nach denen die mit der beanstandeten Neufassung des Gesetzes garantierte Kostenfreiheit für die Genehmigung von Baumfällungen bezüglich des per sächsischer



Landesverfassung garantierten kommunalen Anspruchs auf eine angemessene Finanzausstattung erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. „Neben den fachlichen Auseinandersetzungen über die Sinnhaftigkeit der aktuellen Regelung, die auch von den Umweltverbänden und Sachverständigen in der Anhörung wiederholt angemahnt wurde, haben wir uns entschlossen, die Neuregelung durch unseren Gesetzentwurf zu

kippen: Erstens weil die Regelungsbefugnis der Kommunen in wesentlichen Teilen der Grünordnung entfällt und damit das Wesen des § 22 Abs. 1–3 des SächsNatSchG ausgehöhlt wird. Zweitens, weil durch die Neuregelung mit den kostenlosen Genehmigungsverfahren, die in bestimmter Zeit zu erbringen sind, objektiv nicht zu erfüllende Anforderungen gestellt werden. Und drittens, weil die Ausnahmen in § 22 Abs. II Nr. 3 SächsNatSchG fachlich

nicht gerechtfertigt werden können“, so Dr. Pinka.

Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit war jedoch nicht gewillt, dem Gesetzentwurf der LINKEN zuzustimmen und die zuvor gültige rechtssichere Fassung des Sächsischen Naturschutzgesetzes wieder in Kraft zu setzen. Damit bleibt der Opposition wohl – wieder einmal – nur noch der Gang vors Verfassungsgericht.

Ignoranz der Koalition stärkt die Rechten

Die Koalition nennt es Demokratieklärung, die demokratische Opposition sagt Extremismusklausel dazu. So umstritten wie die Bezeichnung ist auch der Inhalt, nach dem sich jeder Verein, der sich unter Inanspruchnahme öffentlicher Fördergelder gegen Rechtsextremismus engagiert, einem scharfen Diktat der Staatsregierung zu unterwerfen hat. Dazu gehört das schriftliche Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung für den Verein selbst und seine sämtlichen Partner sowie die Vorlage aller beabsichtigten Veröffentlichungen beim Sozialministerium.

Im April-Plenum scheiterten die Fraktionen von LINKE, SPD und GRÜNE mit ihrem gemeinsamen Antrag zur Abschaffung der Zensurklausel – Drs 5/5482: „Demokratie braucht Vertrauen – Gegen eine Kultur der Verdächtigung und des Bekenntniszwangs“ – an der Schwarz-Gelben Landtagsmehrheit. Mehr noch, CDU-Redner Sven Liebhauser gefiel sich darin, in populistischer Manier (mal wieder) die demokratische Opposition mit der NPD gleichzusetzen und einen Eklat zu provozieren. Durch eine von der SPD beantragte Auszeit

sollte dem Hohen Haus Gelegenheit gegeben werden, zur Sachdebatte zurückzufinden, was weder die Koalitionsfraktionen noch den Brandstifter selbst anfocht und dazu führte, dass Parlamentarier der Antrag stellenden Fraktionen aus Protest den Saal verließen.

Dabei wäre eine ehrliche Diskussion zur Sache so wichtig gewesen! Bis heute warten betroffene Vereine auf ihre Fördermittelbescheide und arbeiten seit einem Vierteljahr quasi „für nass“. „Die umstrittene Klausel gehört sofort abgeschafft, weil sie die Vereine unter einen

Generalverdacht stellt“, so die **LINKE Sprecherin für antifaschistische Politik, Kerstin Köditz**. Denn bis heute hat die Staatsregierung kein einziges Beispiel für ihre Annahme bringen können, die Gelder würden zweckentfremdet und verfassungsfern eingesetzt. Nach der Ablehnung des Antrags gegen die Extremismusklausel konstatierte Köditz: „Die Ignoranz der Koalition spielt den Rechten in die Hände. Das heutige Debattendeckel sendet ein fatales Signal.“

Aufgeben wird DIE LINKE jedoch nicht. MdL Kerstin Köditz appellierte an die Parlamentarier: „Lassen Sie uns gemeinsam aktiv werden, für die Achtung der Menschenwürde, für die Gleichheit aller Menschen, für Demokratie und die Selbstbestimmung aller, gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit! Nutzen wir dafür die Erfahrungen der vielfältigen Initiativen und Projekte, die sich in den letzten Jahren hier in Sachsen dafür engagiert haben und unterstützen wir deren Wirken ohne formalistischen Bekenntniszwang, ohne Zensurforderungen, aber mit sofortiger Versendung der Fördermittelbescheide!“



Ist das Kultur oder kann das weg?



Musiker mehrerer Orchester bliesen der CDU-FDP-Koalition am 19. April vorm Sächsischen Landtag den Marsch. Hintergrund der musikalischen Harmonie war die Disharmonie, die der schwarz-gelbe Sparhammer beim Zerschlagen gewachsener Kulturräume macht.

„Ist das Kultur oder kann das weg?“ war die Kundgebung der Hochschule für Musik, der Landesbühnen Sachsen und der Neuen Elbland Philharmonie überschrieben, die sich durch rigide Umstrukturierungspläne der Staatsregierung in ihrer Existenz gefährdet sehen. Mit dem Antrag „Landesbühnenorchester und Neue Elbland

Philharmonie nicht fusionieren, sondern erhalten!“ (Drs 5/5549) trug die Fraktion DIE LINKE „die Musik“ vom Landtagsvorplatz ins Innere des Parlaments. **Kulturexperte Dr. Volker Külow** erinnerte hier daran, dass DIE LINKE schon vor einem Jahr ein Konzept zur langfristigen Perspektive für die bestehenden Theater und Orchester gefordert hatte. In den aktuellen Plänen zur Orchesterfusion sieht DIE LINKE einen erneuten, rechtlich bedenklichen Eingriff in die Hoheit der Kulturräume, da mit der Elbland Philharmonie in Riesa eine zweite Kultureinrichtung in die Umstrukturierung der Landesbühnen einbezogen wird. „Eine Entschei-

dung über dieses Orchester obliegt aber nur dem Kulturraum Meißen-Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, nicht aber der Staatsregierung“, so Külow: „Ganz davon abgesehen, dass die Auflösung des leistungsstarken Orchesters der Landesbühnen Sachsen so nicht im beschlossenen Einzelplan 12 im Haushaltsplan 2011/2012 steht! Wobei man hinter den Kulissen durchaus Klartext redet und vorrechnet, dass künftig statt für zwei Orchester mit insgesamt 111 Stellen nur noch Geld für 72 Stellen da sein wird.“

Die Landesbühnen Sachsen gelten hinsichtlich ihrer Auslastungs- und Zuschauerzahlen deutschlandweit als Vorzeigetheater. Ihr Repertoire umfasst Inszenierungen aller Genre, wie Oper, Operette, Musical, Ballett, Schauspiel, Theater der kleinen Form, Kinder- und Jugendtheater sowie Konzerte, insbesondere Sinfonie-, Opern- und Operettenkonzerte sowie Unterhaltungs- und Kammerkonzerte. „Wenn das Orchester wie geplant verkleinert wird, würde das bisherige Gesamtkulturangebot des Landesbühnenorchesters sowie der Neuen Elbland Philharmonie von heute fast 400 Konzerten und Musiktheatervorstellungen um mehr als die Hälfte reduziert“, rechnet Külow vor und beklagt, dass sich Staatsminis-

terin von Schorlemer offenbar weder von diesen Zahlen noch von der eindringlichen Fürsprache namhafter Fachleute beeindrucken lässt. „Sie wollen nicht ernsthaft als die Regierung und Personen in die sächsische Geschichte eingehen, die als Erste eine weltweit einzigartige Musiklandschaft, eine beispiellose Vernetzung von Musikschaffenden, Auszubildenden und Laienmusikern zur Disposition stellen. Es gibt eine solche musikalische Vitalität nur an ganz wenigen Orten der Welt. Sie ist der Humus



Horst Wehner: tanzend im Rollstuhl zum Meistertitel

MdL Horst Wehner ist unser Fachsprecher für Behindertenpolitik und Vizepräsident des Sächsischen Landtags. Und er ist ein großartiger Tänzer. Obwohl oder gerade, weil er im Rollstuhl sitzt. Am 2. April dieses Jahres erntete sich der LINKS-Politiker gemeinsam mit seiner Tanzpartnerin Olivia Thiele bei der Rollstuhlmeisterschaft in Rheinsberg den Meistertitel im Rollstuhltanz Latein und den Vizemeistertitel im Rollstuhltanz Standard. Das Duo Wehner/Thiele startete in der Wertungskategorie LW 2 Kombi, bei der ein

Rollstuhlfahrer und ein „Fußgänger“ miteinander übers Parkett schweben. Im Bereich Standard waren in Rheinsberg neun Sporttanzpaare aus fünf Nationen angetreten, bei den Lateinischen Tänzen waren es 15 Paare aus sechs Ländern. Für das Duo Wehner/Thiele, das für den Tanzsportclub Synchron Chemnitz e.V. antritt, war der Wettbewerb die erste gemeinsame Deutsche Meisterschaft; für den „tanzenden Politiker“ aber war die Rheinsberger Goldmedaille bereits die fünfte seiner noch recht kurzen Sportkarriere.



all unserer Spitzenensembles, der Staatskapelle, der Philharmonie, der Semperoper, des Kreuzchores, der Kapellknaben, des Europäischen Zentrums der Künste. Diese Vitalität ist nicht anders zu bezeichnen als ein Weltmusikerbe, das des besonderen Schutzes bedarf, weil es den eigentlichen Reichtum der Region Dresdens und Sachsens ausmacht. Die Orchester und Theater der Region sind integraler Bestandteil dieses Weltmusikerbes“, wandte sich Külow mit einem Zitat aus einem Offenen Brief von Prof. Klemm, dem Rektor der Dresdner Musikhochschule, direkt an die Staatsregierung. Die jedoch blieb gewohnt arhythmisch und lehnte neben dem Antrag der LINKEN auch den in gleicher Intension geschriebenen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800,
Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag